

Die Pflicht zur Hilfe

Adolf Hitler bezeichnet die Achtung vor der Person als einen Grundzug des nationalsozialistischen Staates. Er schreibt in seinem Buch „Mein Kampf“: Die Bewegung hat die Achtung vor der Person mit allen Mitteln zu fördern; hat nie zu vergessen, daß jede Idee und jede Leistung das Ergebnis der schöpferischen Kraft eines Menschen ist, und daß Bewunderung vor der Größe nicht nur einen Dankesgott an diese darstellt, sondern auch ein einigendes Band um die Dankenden schlingt.

Der Kampf gegen Hunger und Kälte, den das Winterhilfswerk im Herbst des vergangenen Jahres eröffnet hat, hat mit Fürsorge und Wohlwolligkeit im alten Sinne nicht das geringste zu tun. Es ist zwar in das Belieben der Spender gestellt, ob sie sich durch Gaben an dem Winterhilfswerk für die Bedürftigen beteiligen, aber es ist zugleich sozialistische Pflicht, den Notleidenden um des Volkes willen beizustehen.

Im nationalsozialistischen Staat haben die ohne ihr Verschulden in Not geratenen Volksgenossen ein heiliges Recht auf die Unterstützung der Nation. Sie nehmen diese Hilfe nicht als untätige Almosenempfänger entgegen, sondern das Winterhilfswerk ist bestrebt, auch die Notleidenden und Erwerbslosen zu tätiger Mitarbeit heranzuziehen. Darum ist schon das Wort „Hilfe“ nicht recht am Platze, denn in diesem Sinne ist ja jede menschliche Zusammenarbeit gegenseitige Hilfe.

Die tätige Mitarbeit der Bedürftigen ist erforderlich, um ihnen das Gefühl zu nehmen, daß sie Bettler oder Almosenempfänger sind. Wilde Gaben kränken. Nicht Geschenke gibt derjenige, der opfert, er bezahlt die Schuld. Es darf niemanden in Deutschland geben, der das Gefühl hat, gering geschätzt zu werden, weil er ärmer ist als der andere.

Der Führer selbst hat in seiner Jugend Jahre der Not durchgemacht. Auch heute kann sich unter den Kindern der Vermissten, die jetzt auf unsere Unterstützung angewiesen sind, ein Mann befinden, der dereinst Führer des deutschen Volkes sein wird. Menschen sind der größte Reichtum eines Landes. Menschlicher Wert besteht unabhängig von Geld und Gut. Die Zusammenarbeit der Menschen unseres Volkes auf wirtschaftlichem, auf geistigem und auf allen anderen Gebieten hat nur das eine Ziel, das Volk groß zu machen, indem jeder einzelne auf den richtigen Platz gestellt wird und seinerseits zu der Größe des Ganzen in tätiger Arbeit beiträgt.

Das vergangene System hat diese Aufgabe vernachlässigt. Es hat der nationalsozialistischen Regierung ein Volk hinterlassen, dessen Menschen auf einem Tiefpunkt des moralischen und kulturellen Zustandes sich befinden. Es hat nicht verhindert, daß Millionen von Menschen ohne Erwerb, ohne Arbeit und ohne wirkliche Hilfe gelassen, zu Almosenempfängern herabgewürdigt wurden.

Es war die erste Sorge des Volkstanzlers, den Kampf gegen die Pest der Arbeitslosigkeit zu eröffnen. Millionen von deutschen Volksgenossen wurden durch ihn wieder einer fruchtbareren Tätigkeit zugeführt. Der Winter, der die Außenarbeiten behindert, hat das Tempo der Arbeitsbe-

schaffung vorübergehend gebremst. Inzwischen ist es unsere sozialistische Aufgabe, auf andere Weise dafür zu sorgen, daß unsere erwerbslosen Brüder unterstützt, daß sie selbst, ihre Frauen und Kinder, vor Hunger, Kälte und anderen Leiden besetzt werden. Gleichzeitig muß in ihnen, die vielfach mutlos und schlaf geworden sind, wieder der zuversichtliche Glaube an das Leben, an ihr Volk und an ihre Berufung, für dieses Volk wirken zu dürfen, geweckt werden. Wir dürfen uns nicht damit zufrieden geben, daß diesen Bedürftigen von einer Behörde ein paar Mark Unterstützung gezahlt werden, sondern wir müssen zu ihnen gehen, nach ihren Nöten fragen, und uns um sie kümmern. Der Nationalsozialismus hat diese Aufgabe, die seit Jahrhunderten als Christenpflicht verkündet wird, mit allen Kräften in die Tat umgekehrt. Unser Sozialismus der Tat ist gleichzeitig praktisches Christentum.

Der Kampfgeist, der den Nationalsozialismus zum Siege geführt hat, läßt nach diesem Siege nicht nach. Er ergreift das ganze Volk und entfesselt unerhörte Kräfte. Diese Kräfte, die noch wachsen werden, je mehr die nationalsozialistische Weltanschauung das ganze Volk durchglüht, gilt es, zum Heile des Volkes einzusetzen. Der nationalsozialistische Kampfgeist ist ein Geist des Opfers. Nationalsozialist sein, heißt Opfer bringen. Nicht sinnlose Opfer, sondern Opfer, die das Volk fördern und damit auch dem einzelnen wieder Nutzen bringen. Wenn heute so mancher sagt, er habe genug geopfert, er sei nicht mehr imstande, weiter Opfer zu bringen, so müssen wir ihm sagen, daß das nicht wahr ist. Man kann immer noch ein Glas Bier weniger trinken, immer noch ein paar Zigaretten weniger qualmen.

Wir sind auf die tätige Mitarbeit jedes einzelnen angewiesen. Er selber muß sich überlegen, wie er es möglich machen kann, noch mehr für die Volksgemeinschaft zu tun. Es ist empörend, wenn gut bezahlte Angestellte immer wieder über die kleinen Opfer jammern, die sie in Gestalt eines monatlichen Abzuges in Höhe von wenigen Mark oder gelegentlich des Eintopfsontages bringen. Zu ihrer Entschuldigendung kann man höchstens annehmen, daß ihre Neugierungen auf Leichtsin und Oberflächlichkeit beruhen, denn wir wollen diese vielen noch nicht für hartherzig und schlecht halten. Vom Nationalsozialismus sind solche Menschen aber noch Himmelweit entfernt.

Diejenigen, die Nationalsozialisten zu sein glauben, müssen sich stets ein Beispiel nehmen an den Opfern derer, die um der Idee willen Leben und Gesundheit freudig hingeben haben! So viel wie sie hat noch keiner von uns gegeben. Sie müssen sich ein Beispiel nehmen an unserem Führer, der sein ganzes Leben in den Dienst des Volkes gestellt hat. So viel wie er, hat noch keiner von uns getan. Der Dank an den Führer, der so oft in überschwenglichen Reden, in schlechten Gedichten und in törichtlichen „Ehrungen“ aller Art zum Ausdruck kommt, kann allein dadurch erlattet werden, daß jeder, der sich zu Adolf Hitler bekennt, sein ganzes künftiges Leben, sein Einkommen und seine Kräfte innerlich und äußerlich dem Berufes in den Dienst des Volkes stellt. Das allein ist Deutscher Sozialismus.

Die Sozialisten und ihre Gesinnungsgenossen hätten bei ihren Angriffen auf die Außenpolitik Lettlands nur parteipolitische Absichten. Sie wollen die Macht des Staates dazu ausnützen, um damit die Stellung der 2. Internationale zu sichern. Es sei zu klar, daß sich auf diesen Standpunkt kein Außenminister stellen könne, dem an erster Stelle das Wohl seines Staates und seines Volkes stehe. Lettland habe es weder nötig noch habe es das Recht, sich in das innere Leben eines anderen Staates einzumischen, ebenso wie es kategorisch jeden Versuch eines anderen Staates zurückweisen würde, sich in das innere Leben Lettlands einzumischen, oder dieses zu beeinflussen. In keinem Falle könne man es zulassen, daß die realen Staatsinteressen einer Parteidoktrin zuliebe geopfert werden. Lettland als kleinem Staat sei es am allerwenigsten gestattet, sich in politische Abenteuer einzulassen.

Wie die Margisten heken!

Eine Rundfunkrede des lettischen Außenministers.

Riga, 10. Januar.

Der lettische Außenminister Salnajs hielt vor seiner Abreise nach Schweden im Rigaer Rundfunk eine bedeutende außenpolitische Rede, in der er u. a. ausführlich auf die Beziehungen zwischen Lettland und Deutschland einging und dabei in scharfster Form gegen die deutschfeindlichen Quertreibereien der lettischen Margisten Stellung nahm. Der Minister wies zunächst darauf hin, daß die zeitweiligen Schwierigkeiten, u. a. der „Butterkrieg“ im Juli vorigen Jahres, in einer beide Staaten befriedigenden Weise geregelt worden sei. Die Beziehungen zum Deutschen Reich hätten sich seit dieser Zeit in korrekter Form entwickelt.

Dies hätte jedoch gewissen politischen Kreisen, vor allem den Sozialisten in Lettland nicht gefallen, die fast ohne Unterbrechung Angriffe voller Verdächtigungen und Unwahrheiten in Presse und Parlament gegen die außenpolitische Leitung Lettlands gerichtet hätten. Daher sehe sich der Minister veranlaßt, mit aller Bestimmtheit noch einmal die Haltung Lettlands zu Deutschland festzulegen. Ebenso wie allen anderen Staaten gegenüber müsse Lettland seine Verträge und Abkommen mit Deutschland einhalten, ja, es wolle diese auch erfüllen, weil das im Interesse des lettischen Staates und Volkes liege.

Die außenpolitische Leitung Lettlands wolle in den Grenzen der Verträge alles tun, um die wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland zu erweitern und dafür zu sorgen, daß die Beziehungen zu Deutschland als Großmacht freundschaftliche seien, ebenso wie auch Deutschland das gleiche wünsche und diesen Wunsch zu gutnachbarlichen Verhältnissen geäußert habe.

Das Unglück sei nur, daß die Sozialisten etwas anderes erreichen wollen. Ihr Ziel und ihre Wünsche seien, daß Lettland als Staat den Margisten zu Hilfe komme, um am Kampfe für die sozialistische Internationale teilzunehmen, den diese mit erstaunlicher Feigheit gerade im neuen Deutschland verloren haben.

Die Mitgliedsbeiträge zur Arbeitsfront

Die Pressestelle der Deutschen Arbeitsfront, Bezirk Sachsen, teilt mit:

Für die Einzelmittglieder der Deutschen Arbeitsfront, die sich im Monat Dezember angemeldet haben, sind nunmehr von der Reichsleitung der DAF die Mitgliedsbeiträge festgelegt worden. Der Beitrag wird nach dreizehn Einkommensstufen erhoben und ist nach Anweisung des Schatzmeisters der DAF, Pp. Brinkmann-Berlin, wie folgt geregelt:

Klasse	Einkommen		Beitrag	
	wöchentlich	monatlich	wöchentlich	monatlich
1	ausgesteuerte Erwerbslose		—,05	—,20
2	bis 12,50	bis 50	—,20	—,80
3	bis 20	bis 80	—,30	1,20
4	bis 25	bis 100	—,40	1,60
5	bis 37	bis 150	—,50	2,—
6	bis 50	bis 200	—,75	3,—
7	bis 62	bis 250	1,—	4,—
8	bis 75	bis 300	1,20	4,80
9	bis 100	bis 400	1,50	6,—
10	bis 125	bis 500	2,50	10,—
11	bis 150	bis 600	4,—	16,—
12	bis 175	bis 700	5,—	20,—
13		über 700	Mindestbeitrag	20,—

Kurze Notizen

Zu Landräten wurden Regierungsrat Rademacher in Bad Kreuznach und Bürgermeister Dr. Rieth in Reddinghausen ernannt.

Die Regierungskommission des Saargebiets hat das Tragen des deutschen Kriegssopferabzeichens verboten mit der Begründung, daß die deutsche Kriegssopferverforgung politischen Charakter habe.

Nach einer Pariser Meldung ist in der Gegend von Diebenhofen der luxemburgische Staatsangehörige Fleming wegen Entwendung von Befestigungsplänen verhaftet worden. Er soll dem Untersuchungsrichter ein Geständnis abgelegt haben.

Der Stadtpfarrer von Traunstein, Geistlicher Rat Joseph Stelze, wurde auf Veranlassung der politischen Polizei zu seiner persönlichen Sicherheit in Schutzhaft genommen, da er durch seine Predigt am Dreikönigstage eine tiefe Empörung in der Traunsteiner Bevölkerung hervorgerufen hatte.

Der Stabsleiter der PD., Dr. Ley, läßt mitteilen, daß sich der Erlaß, in welchem erklärt worden war, der ständische Aufbau sei allein Sache der NSDAP, selbstverständlich nur an alle Parteibienststellen und an alle Parteigenossen richtet.

Auf der Prager Burg wurde die erste Vollziehung des Wirtschaftsrats der Kleinen Entente von Außenminister Dr. Benesch eröffnet.

Nach einer amtlichen Statistik vom 6. Januar hat die Zahl der Arbeitslosen in Frankreich vom 2. Dezember bis zum Ende des Jahres 1933 um 20 000 zugenommen.

Der französische Botschafter in Madrid hat Ministerpräsident Verrout und Außenminister Rometas die Mitteilung überbracht, daß der Präsident der französischen Republik ihnen das Großkreuz der Ehrenlegion verliehen hat.

Nach einer Meldung aus Barcelona wurde dort eine Anarchistenversammlung ausgeschrieben, in der anscheinend ein neuer Parteistreit ins Werk gesetzt werden sollte. 150 Versammlungsteilnehmer, darunter einige Ausländer, wurden verhaftet.

In der Deputiertenkammer des Reich wurden fast alle Artikel des Gesetzentwurfes über die nationale Verteidigung angenommen. Das Gesetz sieht für alle Männer zwischen 19 und 21 Jahren die Militärdienstpflicht vor.

Streikende bewarfen in La Coruna ein mit 10 Arbeitern besetztes Lastauto mit einer Brandbombe und gaben Schüsse auf den Wagen ab. Neun Arbeiter wurden schwer verwundet.

Der griechische Außenminister ist zu seinem angekündigten mehrtägigen Besuch in London eingetroffen.

Nach einer Meldung aus Washington hat Präsident Roosevelt angeordnet, daß auch während des kommenden halben Jahres ebenso wie bisher die Gehälter der Bundesbeamten um 15 v. H. gekürzt werden.

Franko-russisches Handelsabkommen

Paris, 11. Januar.

Das franko-russische Handelsabkommen, das im Handelsministerium paraphiert worden ist und am heutigen Donnerstag im Außenministerium unterzeichnet wird, stellt ein Provisorium dar. Es besteht aus folgenden drei Teilen: 1. Zollfragen, 2. russische Aufträge in Frankreich, 3. die sowjetrussische Handelsvertretung in Frankreich. Die französische Regierung gewährt mit diesem Abkommen allen russischen Erzeugnissen, die keine Konkurrenz für französische Erzeugnisse darstellen, Zollbehandlung nach dem Mindesttarif. Die Sowjetunion verpflichtet sich, im Laufe eines Jahres Aufträge in Höhe von 250 Millionen Franken an Frankreich zu vergeben. Frankreich hat sich bereitgefunden, den Sowjetunion Kredite zu gewähren. In Paris hofft man, daß ein Abkommen über die Schulden nächstens zustande kommt.

Kabinettsumbildung in Brüssel

Der Minister für Inneres und Post, Poullet, sowie der Minister für Volksaufklärungswesen, Carton de Wiart,